

# **Prüfbericht**

**Jahresabschluss**

**zum 31. Dezember 2019**

**Gemeinde Grischow**

**NKHR-BERATUNG<sup>®</sup>**

Verwaltungsprüfungsgesellschaft mbH

## Inhalt

A.	Zusammenfassung und grundsätzliche Feststellungen .....	1
I.	Prüfauftrag und Prüfungshandlungen .....	1
II.	Zusammenfassung der Prüfung .....	1
B.	Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkung .....	3
I.	Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes .....	3
II.	Schlussbemerkung .....	4
C.	Prüfungsauftrag und Unabhängigkeitsbestätigung .....	5
I.	Prüfungsauftrag .....	5
II.	Bestätigung der Unabhängigkeit .....	5
D.	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung .....	6
E.	Feststellungen zur Rechnungslegung .....	9
I.	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung .....	9
1.	Belegwesen .....	9
2.	Finanzsoftware .....	9
3.	Kostenrechnung und Interne Leistungsverrechnung .....	9
4.	Jahresabschluss .....	9
5.	Rechenschaftsbericht .....	10
II.	Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Anhangs zum Jahresabschluss .....	10
1.	Übernahme der Vorjahreswerte .....	10
2.	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses .....	10
3.	Aufgliederung und Erläuterungen .....	10
4.	Wesentliche Bewertungsgrundlagen .....	11
F.	Analyse der Vermögens- und Finanzlage .....	12
I.	Bilanz .....	12
III.	Finanzrechnung .....	15
IV.	Ergebnisrechnung .....	17
V.	Teilrechnungen .....	19
1.	Teilfinanzrechnungen .....	19
2.	Teilergebnisrechnungen .....	19
G.	Fragenkatalog zur Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung .....	20

<b>Anlagen</b>	<b>Anlage</b>
Bilanz (Muster 15) zum 31. Dezember 2019	1
Ergebnisrechnung (Muster 12) zum 31. Dezember 2019	2
Übersicht über die Erträge und Aufwendungen (Muster 12a) zum 31. Dezember 2019	3
Finanzrechnung (Muster 13) zum 31. Dezember 2019	4
Teilergebnisrechnung und Teilfinanzrechnung (Muster 14) zum 31. Dezember 2019	5
Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019	6
Anlagenübersicht mit Sonderpostenübersicht (Muster 16) zum 31. Dezember 2019	7
Forderungsübersicht (Muster 17) zum 31. Dezember 2019	8
Verbindlichkeitenübersicht (Muster 18) zum 31. Dezember 2019	9
Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kassenkredite im Haushaltsjahr (Muster 5a)	10
Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen (Muster 19)	11
Allgemeine Auftragsbedingungen für die Prüfung kommunaler Gebietskörperschaften	12

*Die Tabellen im Prüfbericht werden in T€ ausgewiesen. Hierbei kann es zu Rundungsdifferenzen kommen. Die Tabellen dienen nur der Übersicht und entsprechen nicht den amtlichen Mustern.*

**Abkürzungsverzeichnis**

Abs.	Absatz
a.F.	Alte Fassung
FAG	Finanzausgleichsgesetz M-V
GemHVO - Doppik*	Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik
GemKVO - Doppik*	Gemeindekassenverordnung - Doppik
GemHVO-GemKVO-DoppVV M-V	Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik und zur Gemeindekassenverordnung-Doppik
IDR	Institut der Rechnungsprüfer
KPG	Kommunalprüfungsgesetz
KV M-V	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern
n.F.	Neue Fassung
NKHR-MV	Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen in Mecklenburg-Vorpommern
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
Rn.	Randnummer
T€	Tausend Euro
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL)

\* Die Ausführungen in diesem Prüfbericht zur GemHVO-Doppik und zur GemKVO-Doppik beziehen sich auf die ab dem 09. April 2020 geltenden Fassung.

## A. Zusammenfassung und grundsätzliche Feststellungen

### I. Prüfauftrag und Prüfungshandlungen

1. Der Prüfauftrag umfasst die Aufgaben der örtlichen Prüfung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3, 4, 5, 8 und 9 KPG M-V.
  - Nr. 1: Jahresabschluss sowie die Anlagen zum Jahresabschluss.
  - Nr. 3: Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.
  - Nr. 4: Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft.
  - Nr. 5: Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung.
  - Nr. 8: Anwendung und Freigabe des automatisierten Datenverarbeitungsprogrammes.
  - Nr. 9: Prüfung von mindestens einem Zehntel der Auftragsvergaben des Haushaltsjahres.
  
2. Die Prüfungshandlungen wurden mit Unterbrechungen in der Zeit vom 15. Februar 2022 bis zum 07. März 2022 in den Räumen der NKHR-Beratung durchgeführt.

### II. Zusammenfassung der Prüfung

- Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen:	-33.460,74 €
- Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage gemäß § 18 Abs. 4 GemHVO-Doppik:	33.460,74 €
- Einstellung oder Entnahme aus der zweckgebundenen Ergebnissrücklage (FAG) gemäß § 37 Abs. 6 GemHVO-Doppik:	0,00 €
- Weiter Rücklagen nach § 18 Abs. 1, 2, 3 und 5 GemHVO-Doppik:	0,00 €
- Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag zum 31.12.2019:	0,00 €
- Ergebnisvortrag zum 31.12. des Haushaltsjahres:	15.902,15 €
- Ausgleich der Ergebnisrechnung gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO-Doppik:	JA
- Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung (Zeile 18):	7.639,49 €
- Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Zeile 37):	2.848,70 €
- Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres:	117.425,25 €

- Ausgleich der Finanzrechnung gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO-Doppik:	JA
- Stand der liquiden Mittel zum 31.12. des Haushaltsjahres:	212.526,05 €
- Übertragene Haushaltsermächtigungen in das Haushaltsfolgejahr:	0,00 €
- Vermögen der Gemeinde:	1.825.269,76 €
- Eigenkapitalquote / Sonderposten / Fremdkapital:	41,5 % / 49,9 % / 8,6 %
- Aktivierung der Vermögensgegenstände im Haushaltsjahr gemäß §§ 33 Abs. 1, 34 Abs. 4 GemHVO-Doppik:	Keine Beanstandungen
- Deckungsfähigkeit gemäß § 14 GemHVO-Doppik und Haushaltssatzung:	Keine Beanstandungen
- Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 50 KV M-V:	Keine Beanstandungen
- Nachtragshaushaltssatzung gemäß § 48 KV M-V:	Keine Beanstandungen
- Vorläufige Haushaltsführung gemäß § 49 KV M-V:	Keine Beanstandungen
- Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft:	Keine Beanstandungen
- Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung:	Keine Beanstandungen
- Auftragsvergaben im Haushaltsjahr:	Keine Beanstandungen

-----

## **B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkung**

### **I. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes**

3. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 07. März 2022 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

#### **„uneingeschränkter Bestätigungsvermerk“**

4. Wir haben den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 unter Einbeziehung des Anhangs und der Anlagen zum Jahresabschluss 31. Dezember 2019 der

#### **Gemeinde Grischow**

geprüft. Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach §§ 42 ff. GemHVO - Doppik wurden von der Verwaltung unter Gesamtverantwortung des Bürgermeisters erstellt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss, den Anhang sowie den Anlagen zum Jahresabschluss abzugeben.

5. Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 nach den Vorgaben des Kommunalprüfungsgesetzes vorgenommen. Die Prüfung haben wir so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses und der Anlagen zum Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und des vermittelten Bildes der Vermögens- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt wurden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Pflicht- und freiwilligen Aufgaben und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.
6. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in der Buchführung, des Jahresabschlusses und der Anlagen zum Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses, des Anhangs sowie der Anlagen.
7. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
8. Unsere Prüfung hat zu keinen wesentlichen Einwendungen geführt.

9. Nach unserer Beurteilung, aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse, entspricht der Jahresabschluss, der Anhang sowie die erläuternden Anlagen zum Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermitteln unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gemeinde.
10. Im Ergebnis unserer Prüfung stellen wir zu den wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde Grischow ergänzend fest:

Das Vermögen zum 31. Dezember 2019 beträgt 1.825.269,76 €.

Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2019 beträgt 41,5 %.

Der Anteil der Sonderposten zum 31. Dezember 2019 beträgt 49,9 %.

Die Fremdkapitalquote zum 31. Dezember 2019 beträgt 8,6 %.

## II. Schlussbemerkung

Nach unserer Prüfung bestehen keine Bedenken gegen den Beschluss, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 in der vorliegenden Fassung festzustellen und den Bürgermeister zu entlasten.

Rostock, 07. März 2022

NKHR-Beratung  
Verwaltungsprüfungsgesellschaft



Necke  
Rechnungsprüfer (IDR)

## C. Prüfungsauftrag und Unabhängigkeitsbestätigung

### I. Prüfungsauftrag

11. Der Amtsvorsteher des Amtes Treptower Tollensewinkel erteilte uns nach Beschlussfassung des Amtsausschusses am 19. Februar 2019 den Auftrag, den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 der

#### Gemeinde Grischow

bestehend aus der Ergebnis-, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz, dem Anhang und den Anlagen zu prüfen.

12. Die Gemeinde Grischow hat gemäß § 60 KV M-V für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Er ist nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung aufzustellen und muss klar und übersichtlich sein. Der Jahresabschluss hat sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen zu enthalten und die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde darzustellen.
13. Die Prüfung des Jahresabschlusses obliegt gemäß § 1 Abs. 1, 2 und 4 KPG M-V dem Rechnungsprüfungsausschuss. Der Rechnungsprüfungsausschuss kann sich dabei nach § 1 Abs. 5 KPG M-V zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung eines sachverständigen Dritten bedienen.
14. Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage beigefügten „Allgemeine Auftragsbedingungen für die Prüfung kommunaler Gebietskörperschaften“ maßgebend.
15. Über Art und Umfang sowie das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir folgenden Bericht, dem der geprüfte Jahresabschluss sowie der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 als Anlagen beigefügt sind. Bei der Erstellung des vorliegenden Berichtes haben wir die Vorschriften der §§ 30 ff. und §§ 42 ff. GemHVO - Doppik beachtet.

### II. Bestätigung der Unabhängigkeit

16. Wir bestätigen als sachverständiger Dritter, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 2 Abs. 7 KPG M-V vorliegen.

## D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

17. Gegenstand unserer Prüfung war der auf der Grundlage der Buchführung erstellte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und den Jahresabschluss mit seinen Bestandteilen trägt der gesetzliche Vertreter des Amtes Treptower Tollensewinkel, der Amtsvorsteher. Unsere Aufgabe war es, den Jahresabschluss dahingehend zu prüfen, ob die maßgeblichen kommunalrechtlichen Vorschriften sowie die sie ergänzenden Bewertungsrichtlinien, Satzungen und Dienstanweisungen des Amtes Treptower Tollensewinkel eingehalten worden sind.
18. Der Jahresabschluss der Gemeinde ist insbesondere daraufhin zu prüfen, ob
  - er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung vermittelt,
  - die gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften und sonstigen ortsrechtlichen Vorschriften beachtet worden sind,
  - der Haushaltsplan eingehalten ist und
  - der Anhang in Einklang mit dem Jahresabschluss steht und eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gemeinde abbildet.
19. Die Prüfungshandlungen wurden mit Unterbrechungen in der Zeit vom 15. Februar 2022 bis zum 07. März 2022 in den Räumen der NKHR-Beratung durchgeführt.
20. Bei der Prüfung haben wir insbesondere folgende Rechtsgrundlagen beachtet:
  - Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 23. Juli 2019,
  - Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik (GemHVO-Doppik) in der Fassung vom 09. April 2020,
  - Gemeindekassenverordnung - Doppik (GemKVO-Doppik) in der Fassung vom 19. Mai 2016,
  - Verwaltungsvorschriften zur Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik und Gemeindekassenverordnung – Doppik in der Fassung vom 26. November 2020,
  - Kommunalprüfungsgesetz M-V in der Fassung vom 23. Juli 2019,
  - Ortsrechtliche Satzungen,
  - Dienstanweisungen und Bewertungsvorschriften des Amtes Treptower Tollensewinkel.
21. Ausgangspunkt war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018, die vom Rechnungsprüfungsausschuss bestätigt und von der Gemeindevertretung beschlossen wurde.
22. Im Rahmen unserer Arbeiten haben wir insbesondere die Einhaltung der haushaltsrechtlichen und der kommunalrechtlichen Vorschriften bei der Aufstellung des Jahresabschlusses überprüft.

23. Bei Durchführung der Prüfung haben wir die Vorschriften des KPG, der GemHVO-Doppik und die in den Prüfungsstandards des IDR niedergelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Prüfung von Jahresabschlüssen beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens- und Finanzlage wesentlich auswirken, erkennen konnten. Gegenstand unseres Auftrags waren weder die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie zum Beispiel Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen, und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten noch die Beurteilung der Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Die Verantwortung für die Vermeidung und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten liegt bei dem gesetzlichen Vertreter des Amtes Treptower Tollensewinkel.
24. Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir uns zunächst einen aktuellen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde verschafft. Darauf aufbauend haben wir uns ausgehend von der Organisation der Verwaltung mit den Zielen und Strategien beschäftigt, um die Geschäftsrisiken zu bestimmen, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Durch Gespräche mit der Amtsleitung und durch Einsichtnahme in Organisationsunterlagen der Verwaltung haben wir anschließend untersucht, welche Maßnahmen die Verwaltung ergriffen hat, um diese Geschäftsrisiken zu bewältigen. In diesem Zusammenhang haben wir eine Prüfung der Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Verwaltung durchgeführt. Die Prüfung des internen Kontrollsystems erstreckte sich vor allem darauf, ob die für die Rechnungslegung relevanten Dienstanweisungen die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben dem Grunde nach sicherstellen. Ferner haben wir in Stichproben geprüft, ob die Dienstanweisungen auch eingehalten wurden.
25. Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft und die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung erfolgte anhand der Prüfungsleitlinie 720 des Institutes der Rechnungsprüfer. Der Fragenkatalog ist Bestandteil dieses Prüfberichtes.
26. Die Prüfungshandlungen zum internen Kontrollsystem haben wir schwerpunktmäßig im Geschäftsprozess der Buchführung durchgeführt. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Weiterhin haben wir die Verknüpfungen und Hinterlegungen zwischen der Bilanz-, Ergebnis- und Finanzrechnungen geprüft, so dass eine korrekte Zuordnung im System gemäß der gesetzlichen Zuordnungsvorschriften gewährleistet war.

27. Unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit der Prüfungsdurchführung haben wir die Aufnahme des internen Kontrollsystems durchgeführt und daraufhin Einzelfallprüfungen auf Basis von Stichproben durchgeführt.
28. Prüfungsschwerpunkte waren:
- Zu- und Abgänge des Sachanlagevermögens sowie des Sonderposten.
  - Wertberichtigungen von Forderungen.
  - Tagesabschlüsse und Saldenbestätigungen.
  - Vollständigkeit der Rücklagen und der Rückstellungen unter Beachtung der Veränderungen bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses.
  - Zahlungswirksame unterjährige Buchungen.
  - Zahlungsneutrale Jahresabschlussbuchungen.
  - Übernahme der Werte aus Sonderrechnungen.
  - Vergabe von Aufträgen von Lieferungen und Leistungen.
29. Unsere Arbeiten wurden von den Mitarbeitern der Verwaltung vollumfänglich unterstützt.
30. Zur Prüfung der Posten des Jahresabschlusses der Gemeinde haben wir u. a. Liefer- und Leistungsverträge, Darlehensverträge sowie sonstige Geschäftsunterlagen eingesehen. Im Hinblick auf die Erfassung möglicher Risiken aus bestehenden Rechtsstreitigkeiten haben wir Rechtsanwaltsbestätigungen und zur Prüfung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Saldenbestätigungen eingeholt. Ferner haben wir uns Bankbestätigungen zukommen lassen.
31. Der Amtsvorsteher hat uns in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 sämtliche Vermögensgegenstände, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge sowie Aus- und Einzahlungen enthalten und alle erforderlichen Angaben gemacht sind. Der Amtsvorsteher hat ferner erklärt, dass der Anhang auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gemeinde wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 48 GemHVO-Doppik erforderlichen Angaben enthält.

## **E. Feststellungen zur Rechnungslegung**

### **I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **1. Belegwesen**

32. Die Belegaufbewahrung ist geordnet; das Belegwesen entspricht den Rechtsvorschriften.
33. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung des Buchungssstoffes zu gewährleisten. Die Prozesse waren auf die Anforderungen der Doppik umgestellt, sie sind in einzelnen Dienstanweisungen ausreichend dargestellt.

#### **2. Finanzsoftware**

34. Die Verwaltung nutzt das Rechnungswesen der Finanzsoftware mpsNF, Version 2.0 der Firma mps public solutions GmbH, Koblenz. Das Zertifikat und der Prüfbericht vom 30.04.2020 (gültig bis 30.04.2023) der TÜV Informationstechnik GmbH, Essen hat uns vorgelegen.
35. Das Programm wurde durch einen sachverständigen Dritten geprüft und vom Amtsvorsteher gemäß § 26 Abs. 10 GemHVO-Doppik i. V. m. § 12 Abs. 1 GemKVO-Doppik freigegeben.

#### **3. Kostenrechnung und Interne Leistungsverrechnung**

36. Eine Kosten- und Leistungsrechnung gemäß § 27 GemHVO-Doppik wird im Amt Treptower Tolpensewinkel im Haushaltsjahr 2019 noch nicht umgesetzt. Diese wird in Absprache mit der Verwaltung im Haushaltsjahr 2022 erarbeitet und gleich an die Anforderungen der neuen GemHVO-Doppik angepasst.

#### **4. Jahresabschluss**

37. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 wurden die einschlägigen Rechtsvorschriften und die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet.
38. Die Bilanz, die Ergebnis- sowie die Finanzrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften der GemHVO-Doppik beachtet. Die im Anhang gemachten Angaben entsprechenden Rechtsvorschriften.

39. Die Finanzrechnung stimmt mit dem durch Saldenbestätigungen der Kreditinstitute bestehenden Gesamtguthabensaldo überein. Der Bargeldbestand wurde in die Finanzrechnung einbezogen.
40. Die Bestandsfortschreibung und Bewertung des Vermögens, der Sonderposten, der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten erfolgte ordnungsgemäß. Dabei wurden die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften der GemHVO-Doppik beachtet. Die im Anhang gemachten Angaben entsprechenden Rechtsvorschriften.
41. Die Abschreibungssätze des Anlagevermögens entsprechen grundsätzlich der normativen Nutzungsdauer der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums (landeseinheitliche Abschreibungstabelle – Anlage 5).

## **5. Rechenschaftsbericht**

42. Die Gemeinde Grischow hat gemäß § 63 Abs. 1 GemHVO-Doppik auf den Rechenschaftsbericht verzichtet und den § 48 GemHVO-Doppik in der neuen Fassung angewendet.

## **II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Anhangs zum Jahresabschluss**

### **1. Übernahme der Vorjahreswerte**

43. Die Wertansätze der Aktiva und Passiva des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 wurden unverändert übernommen und auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 fortgeschrieben. Die Gemeinde hat von der Bestimmung des § 60 Abs. 7 KV M-V keinen Gebrauch gemacht.

### **2. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

44. Der Jahresabschluss insgesamt vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde.

### **3. Aufgliederung und Erläuterungen**

45. Die Gliederung der Bilanz sowie der Ergebnis- und Finanzrechnung einschließlich der Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen entsprechen den Bestimmungen der KV M-V und den dazugehörigen amtlichen Mustern, die Kontierungen den verbindlichen Zuordnungsvorschriften und Hinweisen der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums. Abweichungen wurden von als unwesentlich eingestuft, mit der Verwaltung besprochen und sollen in den nachfolgenden Haushaltsjahren korrigiert werden.

#### **4. Wesentliche Bewertungsgrundlagen**

46. Der Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus der Buchhaltung der Verwaltung entwickelt. Die Vermögens- und Schuldposten sind ausreichend nachgewiesen und richtig und grundsätzlich vollständig erfasst. Es wurden die Bilanzansatz- und Bewertungsvorschriften der GemHVO-Doppik sowie die Inventurrichtlinie des Amtes beachtet. Das Vermögen, die Sonderposten, die Rückstellungen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und Aufwendungen sowie die Ein- und Auszahlungen sind ausreichend nachgewiesen und richtig und vollständig erfasst.
47. Der Anhang mit seinen Anlagen enthält die vorgeschriebenen Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und gibt die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wieder.
48. In der Ausübung der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte ergaben sich gegenüber der Eröffnungsbilanz und den nachfolgenden Jahresabschlüssen keine Änderungen.

## F. Analyse der Vermögens- und Finanzlage

### I. Bilanz

	31.12.2018		31.12.2019		+/ -
	T€	%	T€	%	T€
<b>Aktiva</b>					
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0
Sachanlagen	1.421	75,9	1.372	75,1	-49
Finanzanlagen	152	8,1	152	8,3	0
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.573</b>	<b>84,0</b>	<b>1.524</b>	<b>83,5</b>	<b>-49</b>
Vorräte	0	0,0	0	0,0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	299	16,0	301	16,5	2
davon:					
Öffentlich-rechtliche Forderungen	18	1,0	12	0,7	-6
Privatrechtliche Forderungen	78	4,2	76	4,2	-2
Forderungen aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand	202	10,8	213	11,7	11
Sonstige Forderungen gegen den öffentlichen Bereich	1	0,1	1	0,1	0
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>299</b>	<b>16,0</b>	<b>301</b>	<b>16,5</b>	<b>2</b>
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0
<b>Summe Aktiva</b>	<b>1.872</b>	<b>100,0</b>	<b>1.825</b>	<b>100,0</b>	<b>-47</b>
<b>Passiva</b>					
Kapitalrücklage	768	41,0	742	40,7	-26
Ergebnisrücklage	0	0,0	0	0,0	0
Ergebnisvortrag	16	0,9	16	0,9	0
Jahresüberschuss	0	0,0	0	0,0	0
<b>Eigenkapital</b>	<b>784</b>	<b>41,9</b>	<b>758</b>	<b>41,5</b>	<b>-26</b>
Sonderposten	945	50,4	911	49,9	-34
Rückstellungen	0	0,0	0	0,0	0
Verbindlichkeiten	143	7,6	155	8,5	12
davon:					
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme für Investitionen	139	7,4	134	7,3	-5
Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	0	0,0	0	0,0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	3	0,2	21	1,2	18
Verbindlichkeiten aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand	0	0,0	0	0,0	0
Verbindlichkeiten gegenüber dem öffentlichen Bereich	1	0,1	0	0,0	-1
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0
<b>Fremdkapital</b>	<b>143</b>	<b>7,6</b>	<b>155</b>	<b>8,5</b>	<b>12</b>
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	1	0,1	1
<b>Summe Passiva</b>	<b>1.872</b>	<b>100,0</b>	<b>1.825</b>	<b>100,0</b>	<b>-47</b>

49. In der Darstellung wurden die Zahlen der Bilanz zum 31. Dezember 2019 nach den Vorgaben der GemHVO-Doppik gegliedert und denen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 gegenübergestellt.
50. Die Sonderposten sind nicht Bestandteil des Fremdkapitals, da sie der Gemeinde auf Dauer zur Verfügung stehen und bei deren ertragswirksamer Auflösung zu keinen Belastungen führen.
51. Aus der Vermögenslage ist ersichtlich, dass die Eigenkapitalquote 41,5 % (Vorjahr 41,9 %) und die Fremdkapitalquote 8,6 % (Vorjahr 7,6 %) beträgt. Die Eigenkapitalquote bleibt im Haushaltsjahr 2019 im Wesentlichen unverändert. Das Eigenkapital beträgt T€ 758.
52. Der Restbuchwert des Anlagevermögens beträgt T€ 1.524 und macht 83,5 % des gesamten Vermögens aus. Die Finanzierung des Vermögens erfolgte in Höhe von T€ 911 (49,9 %) mit Fördermitteln des Landes und des Landkreises. T€ 134 (7,3 %) sind durch Investitionskredite finanziert.
53. Durch die planmäßige Abschreibung auf das Anlagevermögen ergab sich im Haushaltsjahr ein Rückgang der Restbuchwerte um T€ 49.
54. Zugänge oder Abgänge auf das Anlagevermögen waren im Haushaltsjahr nicht zu verzeichnen.
55. Der Anstieg der Forderungen ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Forderungen aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand mit T€ 10 zurückzuführen. Demgegenüber steht ein Rückgang der öffentlich-rechtlichen Forderungen mit T€ -6.
56. Die Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen Forderungen gegenüber der GEWO Burow GmbH aus einer Ausfallbürgschaft.
57. Im Bereich der Forderungen werden kreditorische Debitoren ausgewiesen. Dies ist unter den Voraussetzungen des § 11 GemHVO-Doppik in bestimmten Bereichen zulässig.
58. Der Kassenbestand zum 31. Dezember 2019 wurde durch Kontoauszüge der Banken nachgewiesen und wird in der Bilanz der Stadt Altentreptow ausgewiesen. Der Anteil Gemeinde Grischow am gemeinsamen Zahlungsmittelbestand beträgt T€ 213 und ist im Haushaltsjahr um T€ 10 gestiegen.
59. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO-Doppik waren zum Bilanzstichtag nicht auszuweisen.
60. Das Eigenkapital sinkt im Haushaltsjahr um T€ -26. Dies resultiert aus einer Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage gemäß § 18 Abs. 4 GemHVO-Doppik.
61. Die Sonderposten zum Anlagevermögen sind im Haushaltsjahr durch die planmäßige ertragswirksame Auflösung um T€ 34 gesunken. Zugänge von Zuwendungen waren im Haushaltsjahr nicht zu verzeichnen.

62. Die sonstigen Sonderposten bleiben im Haushaltsjahr unverändert. Hierbei handelt es sich um Ablösebeträge und Anteile am Bodenordnungsverfahren.
63. Rückstellungen gemäß § 35 GemHVO-Doppik waren zum Bilanzstichtag nicht auszuweisen.
64. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich durch die planmäßigen Tilgungen um T€ -5. Die Verbindlichkeiten stimmen mit den Saldenbestätigungen der Kreditinstitute und dem Ausweis in der Finanzrechnung überein.
65. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (ausgenommen Sicherheitseinbehalte) und gegenüber verbundenen Unternehmen waren zum Prüfungszeitpunkt beglichen.
66. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Verwahr- und Treuhänderische Gelder. Die Höhe der Verwahr- und Treuhänderischen Gelder stimmt nicht mit dem Ausweis im Muster 5a überein. Eine Bereinigung des Fehlers erfolgt aus technischen Gründen im Haushaltsjahr 2020.
67. Passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden gemäß § 36 Abs. 2 GemHVO-Doppik gebildet.

### III. Finanzrechnung

68. Die Verwaltung hat entsprechend § 60 KV M-V die Finanzrechnung aus dem System erstellt. Nachfolgend geben wir diese Rechnung wieder, wobei wir die Einzelpositionen der Ein- und Auszahlungen gemäß Konten der Finanzrechnung zusammengefasst haben.

	Planansatz	Ergebnis	Plan/Ist
	T€	T€	T€
10. Summe der ordentlichen Einzahlungen	261	244	-17
18. Summe der ordentlichen Auszahlungen	272	236	-36
19. Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-11	8	19
22. Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	-11	8	19
31. Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3	7	4
38. Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5	0	-5
39. Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-2	7	9
40. Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag	-13	15	28
41. Einzahlung aus der Aufnahme von Investitionskrediten	0	77	77
42. Auszahlung zur Tilgung von Investitionskrediten	5	82	77
44. Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen	-5	-5	0
45. Saldo der durchlaufenden Gelder	0	0	0
46. Veränderung der liquiden Mittel und der Kassenkredite	-18	10	28
47. Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen	-16	3	19
48. Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	114	114	0
49. Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres	98	117	19

69. Der Bestand an Zahlungsmitteln zum 31. Dezember 2019 entspricht dem Kassenbestand der Gemeinde Grischow, der mit den Saldenbestätigungen und Kassenprotokollen übereinstimmt.
70. Die Finanzrechnung wird aus dem System erstellt und ist mit den jeweiligen zahlungswirksamen Bilanz- und Ergebniskonten verknüpft. Für die Finanzrechnung sind entsprechend dem Kontierungsplan die Kontenklasse 6 und 7 belegt, anhand derer die Zahlungsströme nachgewiesen werden. Die Systematik der Kontenklassen 4 bis 7 ist durch eine Gegenüberstellung der Ertrags- und der Einzahlungskonten sowie der Aufwands- und Auszahlungskonten gegeben. Grundsätzlich ist eine parallele Einteilung der Kontengruppen innerhalb dieser Kontenklassen gegeben.
71. Bezüglich der Plan-Ist-Abweichungen verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang.
72. Mehrauszahlungen in einzelnen Produktsachkonten waren gemäß § 14 GemHVO-Doppik deckungsfähig.
73. Die Auszahlungen für Investitionstätigkeiten erfolgen im Haushaltsjahr nur für Verbindlichkeiten aus Haushaltsvorjahren.
74. Haushaltsermächtigungen für die Folgejahre wurden nicht übertragen.
75. Die Finanzrechnung ist gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO-Doppik unter Berücksichtigung von Vorträgen aus Haushaltsvorjahren ausgeglichen.

#### IV. Ergebnisrechnung

76. In folgender Übersicht haben wir die Ergebnisrechnung nach den Vorschriften der GemHVO-Doppik zusammengefasst:

	Planansatz		Ergebnis		+ / -
	T€	%	T€	%	T€
Steuern und ähnliche Abgaben	145	49,2	129	47,9	-16
Zuwendungen, allgemeine Umlagen	126	42,7	122	45,4	-4
Erträge der sozialen Sicherung	0	0,0	0	0,0	+0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1	0,3	2	0,7	+1
Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0,0	0	0,0	+0
Kostenerstattung und Kostenumlage	14	4,7	4	1,5	-10
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0,0	0	0,0	+0
Zinserträge und sonstige Finanzerträge	4	1,4	7	2,6	+3
Sonstige laufende Erträge	5	1,7	5	1,9	+0
<b>Summe der Erträge</b>	<b>295</b>	<b>100,0</b>	<b>269</b>	<b>100,0</b>	<b>-26</b>
Personalaufwendungen	44	13,7	37	12,3	-7
Versorgungsaufwendungen	0	0,0	0	0,0	+0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51	15,8	46	15,2	-5
Abschreibungen	49	15,2	49	16,2	+0
Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwendungen	166	51,6	165	54,6	-1
Aufwendungen für soziale Sicherung	0	0,0	0	0,0	+0
Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	2	0,6	2	0,7	+0
Sonstige laufende Aufwendungen	10	3,1	3	1,0	-7
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>322</b>	<b>100,0</b>	<b>302</b>	<b>100,0</b>	<b>-20</b>
<b>Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklage</b>	<b>-27</b>		<b>-33</b>		<b>-6</b>
Einstellung in die Kapitalrücklage	0		0		+0
Entnahme aus der Kapitalrücklage	27		33		+6
Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0		0		+0
Entnahme aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0		0		+0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>+0</b>		<b>+0</b>		<b>+0</b>
Ergebnisvortrag zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	16		16		0
Ergebnisvortrag zum 31.12. des Haushaltsjahres	+16		+16		0

77. Bezüglich der Plan-Ist-Abweichungen verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang.
78. Mehraufwendungen in einzelnen Produktsachkonten waren gemäß § 14 GemHVO-Doppik deckungsfähig.
79. Die Zinsaufwendungen und sonstigen Finanzaufwendungen sind im Wesentlichen auf Zinszahlungen für Investitionskredite zurückzuführen.
80. Eine Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage gemäß § 18 Abs. 4 GemHVO-Doppik erfolgt im Haushaltsjahr 2019 mit T€ 33.
81. Eine Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich gemäß § 37 Abs. 6 GemHVO-Doppik war im Haushaltsjahr 2019 nicht zu bilden.
82. Eine Entnahme aus der zweckgebundenen Ergebnisrücklage gemäß § 37 Abs. 6 GemHVO-Doppik erfolgt im Haushaltsjahr 2019 nicht.
83. Die Ergebnisrechnung ist gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO-Doppik unter Berücksichtigung von Vorträgen aus Haushaltsvorjahren ausgeglichen.

## V. Teilrechnungen

### 1. Teilfinanzrechnungen

85. Die Finanzrechnung ist in zwei Teilfinanzrechnungen aufgegliedert. Die Summe der zwei Teilrechnungen ergibt die Finanzrechnungen. Alle Ein- und Auszahlungen wurden im Haushaltsjahr einem Produkt zugeordnet.
86. Der Ausweis der Teilfinanzrechnungen erfolgt noch nicht vollständig nach den Vorgaben des § 46 GemHVO-Doppik. An der Umsetzung wird weiter gearbeitet.
87. Die Festlegung von Zielen und Kennzahlen und die interne Leistungsverrechnung erfolgt im Zusammenhang mit der Evaluierung der GemHVO-Doppik ab dem Haushaltsjahr 2022.

### 2. Teilergebnisrechnungen

88. Die Ergebnisrechnung ist in zwei Teilergebnisrechnungen aufgegliedert. Die Summe der zwei Teilrechnungen ergibt die Ergebnisrechnungen. Alle Erträge und Aufwendungen wurden im Haushaltsjahr einem Produkt zugeordnet.
89. Der Ausweis der Teilergebnisrechnungen erfolgt noch nicht vollständig nach den Vorgaben des § 46 GemHVO-Doppik. An der Umsetzung wird weiter gearbeitet.
90. Die Festlegung von Zielen und Kennzahlen und die interne Leistungsverrechnung erfolgt im Zusammenhang mit der Evaluierung der GemHVO-Doppik ab dem Haushaltsjahr 2022.

## **G. Fragenkatalog zur Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung**

91. Die Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandeln haben wir anhand der Prüfungsleitlinie 720 des Instituts der Rechnungsprüfer untersucht und in unsere Berichterstattung mit einbezogen.

### **Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Verwaltungsleitung**

92. Gibt es Geschäftsordnungen für die Verwaltung und einen Geschäftsverteilungsplan für die Verwaltungsleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Verwaltungsleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen der Gebietskörperschaft?

*Für die Verwaltung besteht ein Geschäftsverteilungsplan, für die einzelnen Teilbereiche bestehen Dienstanweisungen. Die getroffenen Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Amtes Treptower Tollensewinkel.*

93. Wie viele Sitzungen der Gemeindevertreterversammlung und ihrer Ausschüsse (Haupt- und Finanzausschuss) haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

*Gemeindevertretung: 3*

*Hauptausschuss: 1*

*Es wurden zu allen Sitzungen Niederschriften erstellt.*

### **Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen**

94. Gibt es einen den Bedürfnissen der Kommune entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/ Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

*Einen den Bedürfnissen des Amtes Treptower Tollensewinkel entsprechenden Organisationsplan ist vorhanden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung.*

95. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

*Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.*

96. Orientiert sich der Verwaltungsaufbau an den Produktbereichen der Verwaltung?

*Der Verwaltungsaufbau orientiert sich an den Produktbereichen und Teilhaushalten.*

97. Sind die Produktbereiche dezentral für ihren Ressourcenverbrauch verantwortlich?

*Die Produktbereiche sind dezentral für ihren Ressourcenverbrauch verantwortlich.*

98. Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

*Die wesentlichen Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Kreditaufnahme) werden nach der Hauptsatzung, Haushaltssatzung, den Dienstanweisungen und den gesetzlichen Vorgaben umgesetzt. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass diese bei Kreditaufnahmen nicht eingehalten wurden.*

99. Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

*Die Verträge der Gemeinde werden ordnungsgemäß dokumentiert.*

### **Fragenkreis 3: Strategische Steuerung**

100. Orientiert sich das Handeln der Gebietskörperschaft an einer langfristigen strategischen Ausrichtung?

*Das Handeln der Gemeinde orientiert sich an einer langfristigen strategischen Ausrichtung.*

101. Ist diese strategische Ausrichtung in Form eines Leitbildes oder in anderer Form dokumentiert?

*Die strategische Ausrichtung der Gemeinde wird durch die Gemeindevertretung bestimmt und in Form von Satzungen umgesetzt.*

### **Fragenkreis 4: Ziele und Kennzahlen**

102. Sind Ziele und Kennzahlen für eine Output orientierte Steuerung definiert worden?

*Für das Haushaltsjahr 2019 lagen noch keine Ziele und Kennzahlen vor. An der Umsetzung der Vorgaben wird gearbeitet. Im Rahmen der Evaluierung der GemHVO-Doppik wurden die Regelungen zu den Zielen und Kennzahlen weiter angepasst. Die vollständige Umsetzung in der Gemeinde soll bis zum Haushaltsjahr 2022 erfolgen.*

### **Fragenkreis 5: Controlling**

103. Existiert ein Controlling in der Verwaltung und wie ist es organisiert?

*Ein Controlling existiert in der Verwaltung nicht. Die Steuerungsfunktionen werden durch regelmäßige Dienstberatungen erreicht. Anhaltspunkte dafür, dass ein weiterführendes Controlling einzuführen ist ergaben sich nicht.*

### **Fragenkreis 6: Kosten und Leistungsrechnung**

104. In welchen Teilen der Verwaltung existiert eine Kosten- und Leistungsrechnung?

*An der Einführung der Kosten und Leistungsrechnung nach doppelischen Grundsätzen wird derzeit noch gearbeitet. Gemäß § 27 Abs. 1 GemHVO-Doppik ist eine Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen. Art und Umfang der Kosten- und Leistungsrechnung sind in Form einer Dienstsanweisung zu regeln. An der Umsetzung wird für den Haushaltsplan 2022 gearbeitet.*

### **Fragenkreis 7: Risikofrüherkennungssystem**

105. Hat die Verwaltungsleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe wesentliche Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

*Frühwarnsignale hat die Verwaltungsleitung nicht definiert. Wesentliche Risiken sollen durch regelmäßige Dienstberatungen rechtzeitig erkannt werden. Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass weiterführende Maßnahmen notwendig sind.*

### **Fragenkreis 8: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate**

106. Hat die Verwaltungsleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt?

*Eine schriftliche Festlegung über den Einsatz von Finanzinstrumenten existiert im Amt Treptower Tollensewinkel nicht. Der Einsatz von Finanzinstrumente erfolgt nach den landesrechtlichen Vorschriften. Anhaltspunkte für Verstöße gegen landesrechtliche Vorschriften haben sich nicht ergeben.*

### **Fragenkreis 9: Haushaltsgrundsätze**

107. Wurde der Grundsatz der Vollständigkeit beachtet oder gibt es relevante Sachverhalte, die nicht im Haushalt abgebildet sind?

*Der Grundsatz der Vollständigkeit wurde beachtet. Es gibt keine relevanten Sachverhalte, die nicht im Haushalt abgebildet sind.*

108. Wurde der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit beachtet bzw. gab es wesentliche Sachverhalte, bei denen sich die Verwaltung unwirtschaftlich verhalten hat?

*Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit wurde beachtet und Planansätze wurden eingehalten. Es gibt keine Anhaltspunkte für wesentliche Sachverhalte, bei denen sich die Verwaltung unwirtschaftlich verhalten hat.*

109. Wurde der Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit beachtet und wurden insbesondere alle geplanten Erträge und Aufwendungen sorgfältig geschätzt, sofern sie nicht errechenbar sind?

*Der Grundsatz der Haushaltswahrheit und –klarheit wurde beachtet. Erträge und Aufwendungen (insbesondere für einmalig auftretende Ereignisse) wurden sorgfältig und nach bestem Wissen geschätzt.*

110. Wurde die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung beachtet, wonach die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Finanzmittel vorrangig aus speziellen Entgelten und im Übrigen aus Steuern zu beschaffen sind, sofern die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen?

*Die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung wurden durch die Verwaltung beachtet.*

### **Fragenkreis 10: Planungswesen**

111. Existiert eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung und entspricht diese den geltenden gesetzlichen Vorschriften?

*Es existiert eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung. Sie entspricht den gesetzlichen Vorschriften.*

112. Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

*Wesentliche Planabweichungen werden untersucht und begründet.*

### **Fragenkreis 11: Haushaltssatzung**

113. Enthält die Haushaltssatzung alle erforderlichen Angaben und entspricht die Form den gesetzlichen Vorgaben?

*Die Haushaltssatzung enthält alle erforderlichen Angaben und entspricht den gesetzlichen Vorgaben.*

114. Ist die Haushaltssatzung fristgerecht beschlossen und veröffentlicht worden?

*Die Haushaltssatzung wurde von der Gemeindevertretung am 20. Mai 2019 beschlossen nach der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde öffentlich bekannt gemacht.*

115. Wurden ggf. die Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung beachtet, d. h. sind nur Aufwendungen entstanden bzw. Auszahlungen geleistet worden, zu denen eine rechtliche Verpflichtung bestand oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar waren?

*Die gesetzlichen Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung und die entsprechende Dienstweisung wurde beachtet.*

116. War eine Nachtragssatzung erforderlich und ist diese fristgerecht erlassen worden?

*Eine Nachtragssatzung war nicht erforderlich.*

### **Fragenkreis 12: Haushaltsplan**

117. Enthält der Haushaltsplan alle erforderlichen Angaben und entspricht die Form den gesetzlichen Vorgaben?

*Der Haushaltsplan enthält alle erforderlichen Angaben. Einige der amtlichen Muster werden noch nicht in vollem Umfang umgesetzt aber im Wesentlichen entspricht die Form den gesetzlichen Vorgaben.*

118. Wurde der Haushaltsplan eingehalten bzw. an welchen Stellen gab es wesentliche Abweichungen und welche Gründe waren hierfür ausschlaggebend?

*Der Haushaltsplan wurde im Wesentlichen eingehalten. Abweichungen ergaben sich im Bereich der Kostenerstattung, der sonstigen laufenden Erträge und der Kostenumlage sowie der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.*

### **Fragenkreis 13: Haushaltssicherungskonzept**

119. War die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erforderlich um die künftige dauernde Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaft zu erreichen?

*Ein Haushaltssicherungskonzept ist nicht erforderlich.*

### **Fragenkreis 14: Investitionen**

120. Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

*Investitionen werden vor der Realisierung angemessen geplant. Anhaltspunkte für Verstöße gegen § 9 GemHVO-Doppik ergaben sich nicht.*

121. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

*Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um sich ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen.*

122. Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

*Investitionen werden durch das zuständige Fachamt laufend überwacht.*

123. Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

*Bei abgeschlossenen Investitionen haben sich keine wesentlichen Überschreitungen ergeben.*

124. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

*Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden*

### **Fragenkreis 15: Kredite**

125. Gab es eine Nettoneuverschuldung oder konnten per Saldo Schulden abgebaut werden?

*Im laufenden Haushaltsjahr konnte durch die planmäßige Tilgung die Verschuldung abgebaut werden.*

126. Wurden Kredite nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen?

*Kredite wurden in der Vergangenheit nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen.*

### **Fragenkreis 16: Liquidität**

127. Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle gewährleistet?

*Das Finanzmanagement wird durch das Fachamt wahrgenommen. Eine laufende Liquiditätskontrolle ist gewährleistet.*

128. Musste die Verwaltung Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen und wie hat sich der Bestand dieser Kredite entwickelt?

*Es wurden keine Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit aufgenommen.*

### **Fragenkreis 17: Forderungsmanagement**

129. Gibt es eine Dienstanweisung zur Stundung, zur Niederschlagung und zum Erlass von Forderungen und entspricht diese den Bedürfnissen der Verwaltung?

*Es gibt eine Dienstanweisung zur Stundung, zur Niederschlagung und zum Erlass von Forderungen, diese entspricht den Bedürfnissen der Verwaltung.*

130. Ist durch das bestehende Mahn- und Vollstreckungswesen sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

*Durch das bestehende Mahn- und Vollstreckungswesen ist gewährleistet, dass Rechnungen zeitnah gestellt werden und Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden.*

### **Fragenkreis 18: Vergaberegelungen**

131. Gibt es eine Dienstanweisung zum Vergabewesen und entspricht diese den gesetzlichen Vorgaben?  
*Vergaben erfolgen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben und der Dienstanweisung zur Regelung des Beschaffungs- und Vergabewesens.*
132. Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?  
*Bei Kreditaufnahmen am Kapitalmarkt werden Konkurrenzangebote eingeholt.*
133. Gab es im Rahmen der Prüfung Anhaltspunkte, dass gegen bestehende Vergaberegelungen verstoßen wurde?  
*Bei Vergaben im Haushaltsjahr 2019 gab es keine Verstöße gegen bestehende Vergaberegelungen.*

### **Fragenkreis 19: Gebühren- und Beitragssatzungen**

134. Wurden die Gebührenbedarfsberechnungen von der örtlichen Prüfung auf Plausibilität und Rechtmäßigkeit überprüft?  
*Die Prüfung des Gebührenbedarfes und der Gebührensatzungen war nicht Gegenstand unserer Prüfung.*
135. Ist sichergestellt, dass alle Beiträge zeitnah und vollständig erhoben werden?  
*Es ist sichergestellt, dass alle Beiträge zeitnah und vollständig erhoben werden.*

### **Fragenkreis 20: Korruptionsprävention**

136. Hat die Verwaltungsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?  
*Die Mitarbeiter der Verwaltung wurden über den Erlass des Innenministeriums „Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken in der öffentlichen Verwaltung“ vom 06. Mai 1999 belehrt.*
137. Gibt es interne Regelungen zur Korruptionsprävention, z. B. Annahme von Geschenken?  
*Die Mitarbeiter der Verwaltung wurden über den Erlass des Innenministeriums „Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken in der öffentlichen Verwaltung“ vom 06. Mai 1999 belehrt.*
138. Gab es im abgelaufenen Jahr Fälle von Korruption, die zur Anzeige gebracht wurden?  
*Es gab im Haushaltsjahr 2019 keine Fälle von Korruption.*

### **Fragenkreis 21: Berichterstattung an das Überwachungsorgan**

139. Hat die Verwaltungsleitung die Gemeindevertreterversammlung unterjährig über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft informiert?

*In den Berichten des Bürgermeisters zu den Sitzungen der Gemeindevertretung wurde regelmäßig über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft informiert.*

140. Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage der Gebietskörperschaft und in die wichtigsten Verwaltungsbereiche?

*Die Berichte spiegeln die wirtschaftliche Lage wider.*

141. Wurde die Gemeindevertreterversammlung über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

*Über wesentliche Vorgänge wird die Gemeindevertretung angemessen und zeitnah informiert.*

### **Fragenkreis 22: Ungewöhnliche Kennzahlen zur Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage**

142. Gibt es Auffälligkeiten bei den Kennzahlen zur Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage der Gebietskörperschaft?

*Es gibt keine Auffälligkeiten bei den Kennzahlen zur Vermögens- und Ertragslage.*

### **Fragenkreis 23: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven**

143. Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

*Es besteht kein offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen in der Gemeinde.*

144. Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

*Die Bestände der Gemeinde sind nicht auffallend hoch oder niedrig.*

145. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

*Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird.*

### **Fragenkreis 24: Finanzierung**

146. Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

*Die Finanzierung des Vermögens erfolgte zu 41,5 % mit Eigenmitteln der Gemeinde, zu 49,9 % mit Fördermitteln des Landes und des Landkreises. 7,3 % des Vermögens sind durch Investitionskredite finanziert. Die wesentlichen Investitionsverpflichtungen zum Abschlussstichtag werden durch investive Zuwendungen des Landes und Eigenmitteln der Gemeinde finanziert.*

147. Wie ist die Finanzlage der Gebietskörperschaft zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der bestehenden Kredite für Investitionen und zur Liquiditätssicherung?

*Die Finanzlage der Gemeinde ist zum Bilanzstichtag als leicht positiv zu beurteilen. Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit werden nicht in Anspruch genommen. Dem Kassenbestand von T€ 213 stehen Kredite für Investitionen mit T€ 134 gegenüber.*

148. In welchem Umfang hat die Gebietskörperschaft Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

*Die Gemeinde hat Investitionszuwendungen des Landes i. H. v. T€ 7 erhalten. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden.*

### **Fragenkreis 25: Eigenkapitalausstattung**

149. Besteht kurz- bis mittelfristig die Gefahr einer bilanziellen Überschuldung?

*Die Gefahr einer kurz- oder mittelfristigen bilanziellen Überschuldung besteht für die Gemeinde nicht.*

### **Fragenkreis 26: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**

150. Haben die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen decken können?

*Die ordentlichen Erträge konnten im Haushaltsjahr die ordentlichen Aufwendungen nicht decken.*

151. Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

*Das aktuelle Haushaltsjahr war nicht von einmaligen Vorgängen geprägt.*

152. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen der Gebietskörperschaft und deren Eigengesellschaften bzw. Eigenbetrieben eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

*Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen der Gebietskörperschaft und deren Eigengesellschaften bzw. Eigenbetrieben eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden*

#### **Fragenkreis 27: Strukturelles Defizit und seine Ursachen**

153. Existiert ein strukturelles Defizit und was sind seine Ursachen?

*Im Haushaltsjahr 2019 besteht kein strukturelles Defizit.*

#### **Fragenkreis 28: Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage**

154. Sind langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage erforderlich?

*Auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2019 und des Jahresergebnisses vor Veränderung der Rücklagen ist absehbar, dass das Erreichen eines Haushaltsausgleiches in den Folgejahren noch nicht gefährdet ist.*

155. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage der Gebietskörperschaft zu verbessern?

*Für das Haushaltsjahr 2019 und den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum sind noch keine Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage notwendig.*

-----